

Tatjana Festerling - Standpunkte zu Dresden

1. Wie wollen Sie die Schaffung von preiswertem Wohnraum ermöglichen?

Die Stadt sollte nicht als eigener Bauherr auftreten, indem sie vorrangig Stellen und Jobs für 'verdiente' Parteifreunde in eigens neu geschaffenen Baugesellschaften bereithält.

Die Stadt Dresden hat Grundstücke und kann sie bei Ausübung des Vorkaufsrechts auch beschaffen. Genossenschaftswohnungen und kleinteilige Projekte sind schneller realisierbar und vor allem kosteneffizienter.

Nicht alle Standards sind für jeden Geldbeutel bezahlbar. Zu viele Regulierungen und staatliche Vorgaben lassen zudem die Kosten für Neubauten explodieren. Die Stadt muss also nicht jeden Unsinn mitmachen. Investoren sozialen Wohnungsbaus sollten zusätzliche Anreize mit Hilfe städtischer Förderungen erhalten.

2. Welche Schritte wollen Sie unternehmen, damit Dresden europäische Kulturhauptstadt 2025 werden kann?

Dresden ist längst eine „europäische Kulturhauptstadt“ von Rang.

Eine Jury-Empfehlung der Kultusministerkonferenz der Länder würde auf der Bewerbung der Stadt basieren. Hier kann Dresden auf das enorme Erbe an Kunst – und Geistesgeschichte bis in die Moderne verweisen. Die historische Entwicklung und der Wille mehrfacher Wiederaufbauleistungen zeugen von der enormen Kraft seiner Bürger in der wundervollen Elbland. Großes zu vollbringen.

Dresden steht als Sinnbild für eine von seinen Menschen gemeinsam geschaffene Kulturleistung; gerade auch in Zeiten großer Not. Nicht ohne Grund entstand hier Schillers Ode 'An die Freude' mit der Beethoven die 9. Symphonie schuf, der heutigen 'Europahymne'. Das sächsische Dresden steht für unbändige Freiheitsliebe.

3. Was werden Sie tun, damit sich die Verkehrsanbindung Dresdens verbessert?

Notwendige Maßnahmen müssen schneller umgesetzt werden. Für alle Infrastrukturprojekte sollten Bürgertermine mit externer Fachberatung initiiert und der Bürgerwille ernst genommen werden.

Auch hier haben sich die Dresdner ja bereits positioniert: Sie wollen selber abstimmen: z.B. über den Ausbau der Königsbrücker Straße. Viele Dresdner Straßen sind in schlechtem Zustand. Wie wäre es, wenn wir uns erst einmal um die eigene Infrastruktur kümmern, bevor wir den Rest der Welt retten?

Steigender Gewalt und Ängsten bei der Nutzung des ÖPNV ist z.B. durch einen Begleitservice (wie in Berlin) für alte, kranke Menschen, Ortsunkundige und Rollstuhlfahrer entgegenzuwirken. So können Langzeitarbeitslose erfolgreich ins Erwerbsleben integriert und das Sicherheitsempfinden durch Präsenz in den Verkehrsmitteln gesteigert werden.

4. Welche Ideen haben Sie für ein Mehr an Bürgerbeteiligung?

Freuen wir uns in Dresden über das wache Interesse der Menschen an der Politik ihrer Stadt!

Schon in Planungsphasen sollte aktiv für Bürgeranhörungen und Beteiligung geworben werden, damit Projekte nicht durch nur Wenige im stillen Kämmerlein vorangetrieben werden. Was spricht gegen Basisdemokratie? Gerade weil viele Entscheidungsprozesse komplex und verstrickt mit Lobby-Interessen sind, sollten sie nicht nur vom Stadtrat getroffen werden.

Politik hat den Bürgern zu dienen und zwar allen und nicht nur der jeweiligen Wähler-Klientel. Schicksalsfragen sollten grundsätzlich im Stadtrat argumentativ vorbereitet und anschließend durch Bürgerbegehren/Bürgerentscheide entschieden werden. Nur so kann Politik verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

5. Die Asylbewerberzahlen steigen rasant. Wo sollen die Flüchtlinge untergebracht werden? Wie können Sie integriert werden?

Wir müssen unsere pseudo-humanitäre Gefühlsduselei ablegen, wenn es um das Thema geht. Wer Flüchtling ist, ist in Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert und das wird ohne Wenn und Aber akzeptiert. Für die Unterbringung derjenigen, die Schutz vor politischer Verfolgung und Vernichtung suchen, gibt es ausreichende Kapazitäten. Das Problem entsteht durch diejenigen Eindringlinge, die Frauen und Kinder zurücklassen und nach dem Asylrecht keinen Anspruch auf Asyl, ja nicht mal auf subsidiären Schutz haben.

Anträge müssen schnellstens bearbeitet und dann muss konsequent ausgewiesen werden. Das ist ein Signal an diejenigen, die dabei sind, in Nordafrika die Boote zu besteigen. Wo sind Frauen- und Christenquoten? Wo ist ein Integrationskonzept? Da helfen auch Dauerschleifen-Appelle an die moralische oder humanitäre Verpflichtung nicht weiter.

6. Dresden hat sich einen Namen als Standort zahlreicher Forschungseinrichtungen gemacht. Wie wollen Sie dieses Potenzial ausbauen?

Hinsichtlich neuer Technologien belegt Dresden einen Spitzenplatz, den es gilt, mit Kreativität auszubauen. Um so wichtiger ist es, die Stadt als Standort mit hoch attraktiven Bedingungen für die Besten der Besten - also für die echten „Fachkräfte“ aus aller Welt zu gestalten.

Bei aller Liebe zur Moderne sollte Dresden jedoch auch den Fokus auf die Leistungsbereiche richten, die Deutschland an die Spitze und zum Exportweltmeister machten: Insbesondere die klassischen, deutschen Handwerke und die Ingenieurskunst sind zu erhalten und zu fördern.

Wir müssen einen gesunden Mix finden, in dem stolz Altes bewahrt und Zukunftweisendes geschaffen wird. Dresden hat das Potenzial, die heimliche Hauptstadt als politisches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum und die Keimzelle für eine Neugestaltung Deutschlands zu werden.

7. Was muss geschehen, damit alle Dresdner Kinder gleiche Bildungschancen haben?

Chancengleichheit bedeutet ja nicht die Schaffung exakt gleicher Ausbildung für jeden. Es ist utopisch zu meinen, dass jeder in der Lage sei, Professor für Humangenetik oder Tischlermeister werden zu können. Menschen sind viel zu unterschiedlich veranlagt.

Die ewige Gleichmacherei und die föderalen Bildungsexperimente in den Schulen müssen durch gezielte Förderung und Anerkennung der vielfältigen Talente der Kinder ersetzt werden. Begabungen der Kinder sind gezielt zu fördern und zu unterstützen - unabhängig, aus welchem Milieu sie kommen. Ein einheitliches, bundesweites Bildungskonzept ist dringend nötig.

Statt auf Gender Mainstreaming und Frühsexualisierung zu setzen, muss die klassische, deutsche Kultur wieder den Schwerpunkt im Bildungsauftrag übernehmen.

8. Dresden ist beim Gewerbesteueraufkommen hinter Chemnitz und Leipzig zurückgefallen. Wie lässt sich das ändern?

Damit ist sicherlich die Ansiedlungspolitik von Industrie und Wirtschaft gemeint. Standortpolitik wird von Vielerlei bestimmt: Ausreichend ausgebildete und qualifizierte Arbeitnehmer, Verkehrsverbindungen, Abgaben und Steuern wären als harte Kriterien zu nennen.

Allerdings gewinnt die Produktivität auch durch die Wohn- und Lebensqualität einer Stadt und ihres Umlandes. Nicht nur glückliche Kühe geben glückliche Milch. Auch die Produktivität hängt ab von der Zufriedenheit der Mitarbeiter.

Die Metropolregion Dresden müsste sich als Standort für solche Unternehmen besser geeignet zeigen, die in Zusammenarbeit der Stadt ihren Mitarbeitern vom Kindergarten bis hin zur Weiterbildungsmöglichkeit im nah gelegenen Wohnungsumfeld vieles bieten kann und sollte, was Freude am Leben macht.

9. Welche Antwort haben Sie auf „Pegida“?

„Antwort“? Ich wurde als freie und unabhängige Kandidatin von PEGIDA vorgeschlagen und bin buchstäblich und ganz real die „Antwort“. Diese Bewegung steht für freie Meinungsäußerung und friedlichste Versammlungsfreiheit. Wer will das in Deutschland ernsthaft einschränken?

Die Artikulation von Sorgen und politischen Forderungen der Bürger müssen Parteien und ihre Vertreter ernst nehmen. Anstatt Menschen, die sie nicht kennen, abfällig mit ‚Nazis in Nadelstreifen‘ oder ‚Mischpoke‘ zu verunglimpfen, sollten Politiker genau hinschauen, was formuliert wird. Die Forderungen PEGIDAS hört man selbst von Sozialdemokraten wie Herrn Buschkowski oder von 15 Bürgermeistern in NRW. Den Parteien und Medien ist zuzurufen: „Hört hin und handelt!“ Und: „Tut nicht so, als wüsstest ihr nicht, worum es geht.“

10. Die kommunale Infrastruktur wie Straßen und Brücken wird auf Verschleiß gefahren. Wie wollen Sie gegensteuern?

Ja, das ist wirklich so! Und wer trägt dafür die Verantwortung? Jedenfalls braucht es dafür – wie wir alle wissen – vorrangig Geld. Und es wird viel Geld für unnützes Zeug ausgegeben!

Ein Oberbürgermeister ist zudem weitgehend auf die Einsicht der politischen Gruppen im Stadtrat angewiesen, ihn bei der Freigabe zu dringend notwendigen Maßnahmen mit entsprechenden Haushaltsmitteln zu unterstützen.

Mein Vorschlag: Lassen wir doch mal von allen Dresdner Bürgern die marodesten Teile auflisten, dann die Notwendigkeit bzw. Gefährlichkeit fachlich feststellen und jedem politisch Verantwortlichen auf den Tisch legen.

Eine Agenda der Dringlichkeit muss unter dem Gesichtspunkt finanzieller Kassenlage her – sofort! Motto: Es gibt nichts Gutes – außer man tut es.